

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Alle Standorte der MV Werften sichern

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest,
 1. dass der Fortbestand möglichst vieler Arbeitsplätze und der drei Werftstandorte weiterhin eine besonders hohe Priorität haben. Der Landtag erneuert diese Auffassung unter Bezugnahme auf seine bisherigen Beschlüsse (Drucksache 7/5674, Drucksache 7/5322, Drucksache 7/5107) und nimmt mit Besorgnis aktuelle öffentliche Ankündigungen zur Kenntnis, wonach der Werftstandort Stralsund zur Disposition steht.
 2. dass sich die Aussagen zur Zukunft des Standortes Stralsund mit den bisherigen Aus- und Zusagen der Geschäftsführung der MV Werften widersprechen. Darüber hinaus ist ein vom Landtag eingefordertes tragfähiges Konzept mit einer langfristigen Perspektive für alle Standorte durch den Mutterkonzern Genting Hong Kong (GHK) bis heute nicht vorgelegt worden. Dieses Konzept sollte bis September 2020 vorliegen.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. alle Bestrebungen der Gewerkschaften und der Geschäftsführung hinsichtlich eines Sozialplanes und auch der Einrichtung einer Transfergesellschaft zu begleiten und den notwendigen Beitrag für die bestmögliche Lösung zu leisten.
 2. in den weiteren Verhandlungen mit der Geschäftsführung der MV Werften und GHK auf den Erhalt aller drei Standorte zu bestehen.
 3. unverzüglich mit der Arbeit an einem Alternativkonzept für die Werftstandorte und der Zulieferindustrie zu beginnen, um für den Fall vorbereitet zu sein, dass trotz aller Anstrengungen ein Weiterbetrieb mit dem jetzigen Eigner nicht umsetzbar ist. Ziel ist auch dabei der Erhalt hochwertiger Industriearbeitsplätze und das Verhindern der Abwanderung dieser Fachkräfte aus Mecklenburg-Vorpommern.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Der Landtag muss sich aufgrund der aktuellen öffentlichen Diskussion um den Stellenabbau und mögliche Schließungen von Standorten klar positionieren. Die tausenden Beschäftigten auf den Werftstandorten und in den Zulieferunternehmen brauchen jetzt ein Signal, dass die Politik die Zusagen einhält, weiterhin alles rechtlich Mögliche und wirtschaftlich Vernünftige für eine Zukunft der maritimen Industrie in Mecklenburg-Vorpommern zu unternehmen. Hierzu zählt auch die Erarbeitung von Alternativkonzepten für alle drei Werftstandorte.